

weiteres feststellen können, daß es glatt erfundene Lüge ist, wenn man der ungarischen Regierung zumutet, daß sie in den besetzten Gebieten den Bolschewismus fördere. Das Kabinett Berintey hat auf dem Terrain, auf das sich seine Regierungsmacht heute tatsächlich erstreckt, vor aller Öffentlichkeit den Kampf gegen die Kommunisten aufgenommen und mit einer Strenge geführt, die überall, auch in der öffentlichen Meinung des Auslandes, Anerkennung gefunden hat. Das Grundprinzip der bolschewistischen Politik, die Ausschaltung der Nationalversammlung und die Errichtung einer Diktatur, ist von dem Kabinett der Ungarischen Volksrepublik durch die deutliche Tat zurückgewiesen worden: die Regierung hat die Nationalversammlung einberufen, die Wahlen sollen auf demokratischer Grundlage durchgeführt werden. Das Gesetz betreffend die Wahlen zur Nationalversammlung hat auch in sämtlich besetzten Gebiete, obgleich in diesen Landesteilen die Wahlen noch nicht vorgenommen werden können, die Wahlbezirke abgegrenzt, und auch dort den Bolschewisten, soweit es dort solche gibt, gezeigt, wie fern die Regierung jeder bolschewistischen Regung steht. Das sind wahrlich leuchtende Erscheinungen, vor denen die Lüge zerflattert muß.

Tschachen, Serben und Rumänen treiben durch ihr statistisches System und durch Verbreitung der Legende vom Bolschewismus der ungarischen Regierung ein Spiel, das als Fälschung und Betrug gebrandmarkt werden muß. Weil aber in dem falschen Spiel nicht nur um die Ruhe unseres Landes, sondern auch um die Europas, ja der ganzen zivilisierten Menschheit gewürfelt wird, erheben wir dreifach warnend unsere Stimme, um die Pariser Konferenz darauf hinzuweisen, was sich im besetzten Gebiete Ungarns in Wirklichkeit ereignet. Nicht der soziale, sondern der nationale Kampf lodert dort in hellen Flammen empor! Diese Feuer können nicht gelöscht werden durch die Berufung auf eine gewalttätig zusammengestoppelte falsche Statistik. Wenn die Friedenskonferenz der Feuerbrunnst, die in den besetzten Gebieten Ungarns emporzüngelt, Herr werden will, muß sie vor allem dafür Sorge tragen, daß die tschechischen, rumänischen und serbischen Besetzungstruppen diese Landstücke räumen, damit die Bevölkerung, befreit von den Eingriffen des Niederdrückers, in ihrer wirklichen nationalen Schichtung sichtbar werde und dementsprechend über ihre staatliche Zugehörigkeit entscheiden könne. Geschieht das nicht und gelingt es der stumpelosen Erfindungskunst unserer Feinde, durch ein kümmerliches Lügengewebe die entscheidenden Faktoren in Paris im Irrtum zu erhalten, so wird wohl wenig Zeit vergehen, und Tafsachen bitterster Art werden die Angaben unserer Feinde vor der ganzen, damals bereits in Mitleidenschaft gezogenen Welt Lügen strafen.

## Die Volksrepublik Ungarn.

### Der Arbeiterrat und die Wahlen zur Nationalversammlung.

Gestern und heute abend hielt der Arbeiterrat Sitzungen ab, in denen die politische Lage in Verbindung mit den Wahlen zur Nationalversammlung eingehend erörtert wurden. Im Namen der Parteileitung unterbreitete Unterrichtsminister Dr. Sigmund Kunst als Berichterstatter einen Beschlusantrag, demgemäß die sozialdemokratische Partei die statische Ausschreibung der Wahlen gutheißt und an den Wahlen in völlig selbständiger Weise, ohne irgendwelches Wahlabkommen mit anderen Parteien, teilnehmen wird. Weiter heißt es im Beschlusantrag, die sozialdemokratische Partei strebe die Erwerbung der Majorität in der Nationalversammlung an und der Arbeiterrat wünsche, daß zu diesem Ende in allen Instanzen und Organisationen der Partei die kräftigste Wahlagitatorien getrieben werde. In der an den Referentenvorschlag anknüpfenden Debatte wurde von Rednern des linken Flügels vielfach die Forderung betont, die Wahlen im gegenwärtigen Zeitpunkt nur unter der Voraussetzung durchzuführen zu lassen, daß die sozialdemokratische Partei mit Sicherheit auf die Majorität zählen könnte. Eine Nationalversammlung, in der die Partei nicht über die absolute Mehrheit verfügen würde, könnte nur zu unheilvollen Verwicklungen führen, wie dies das deutsche Beispiel deutlich genug zeige. Andere Redner traten für den Referentenvorschlag ein und waren der Ansicht, daß die Regierung in ihrer heutigen Zusammensetzung aus dem Gesichtspunkte einer sozialdemokratischen Zukunftsmehrheit durchaus nicht bedenklich sei. Mit großem Nachdruck und von vielen Rednern wurde in Verbindung mit der Bodenreform die Forderung geäußert, daß neben der Bildung von kleinen Grundbesitzern auch dafür Sorge getragen werden muß, daß größere Güterkomplexe nicht zerstückelt, sondern ungeteilt als Großbetriebe sozialdemokratischen Produktionsgenossenschaften übergeben werden, weil andernfalls die ganze Bodenreform

bloß ein Wahlagitationsmittel für die Partei der kleinen Landwirte wäre. Es wurde auch gewünscht, daß im Ministerium für Populärwirtschaft eine besondere Abteilung für Produktionsgenossenschaften errichtet und an ihre Spitze ein Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei gestellt werde.

Vom linken Flügel der Partei wurde ein Beschlusantrag eingebracht und von mehreren Rednern unterstützt, worin die Forderung enthalten war, daß die gegenwärtige Regierung zurücktreten, den Platz einem rein sozialdemokratischen Kabinett übergeben und erst dieses die Wahlen zur Nationalversammlung ausschreiben soll.

In der heutigen Sitzung wurde die Diskussion fortgesetzt und zu Ende geführt. Einheitslich waren die Auffassungen in dem Punkte, daß die sozialdemokratische Partei mit allen Mitteln die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung anzustreben habe. Eine lebhafte Debatte entspann sich bloß bei der Frage, durch welche Mittel und Wege die absolute Majorität zu sichern wäre. Zum Schlusse wurde der Antrag einstimmig angenommen, wonach der Arbeiterrat die Ausschreibung der Wahlen zur Kenntnis nimmt, in den Wahlkampf selbständig eintritt und kein Wahlabkommen mit den bürgerlichen Parteien trifft.

Ferner wurde ein Zusatz zum Vorschlage der Parteileitung angenommen, des Inhaltes, daß bei der Durchführung der Bodenbesitzreform die Sicherung des Einflusses der sozialdemokratischen Partei gefordert wird, ferner daß die Sicherung und Steigerung der nächsten Ernte nur von Produktionsgenossenschaften gewärtigt werden kann, die die Großbetriebe übernehmen, und endlich, daß im Ministerium für Populärwirtschaft zur Organisation solcher Produktionsgenossenschaften eine besondere Abteilung unter Leitung eines Vertrauensmannes der Partei zu errichten ist.

### Die Agrarbewegung im Komitat Somogy.

Aus Kaposvár wird dem Politikai Hivadó gemeldet: Der Minister für Populärwirtschaft Stefan Szabó traf Montag nachmittag in Begleitung des Sekretärs der sozialdemokratischen Partei Eugen Hamburger und Franz Göndörs in Kaposvár ein. Etwa 15.000 organisierte Arbeiter hatten sich auf dem Bahnhofe eingefunden. Die Stimmung war erregt. Allein nach den Erklärungen des Ministers, daß zwischen dem Kleinwirte und dem aderbau-treibenden Proletariat kein Unterschied bestände, wurde der Minister lebhaft begrüßt.

Minister Stefan Szabó hat mit der hiesigen sozialdemokratischen Partei das folgende Abereinkommen getroffen:

Der Minister Stefan Szabó erklärt, daß er die Bildung der Produktionsgenossenschaften billige, die von einzelnen Blättern als willkürliche Bodenaneignung hingestellt, die aber in völlig gesetzlicher Weise, mit Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, durch behördliche Organe ins Leben gerufen wurden. Dies ist der einzig mögliche Vorgang, der vom Standpunkte der Kontinuität der Produktion als einzig richtig und zum Zwecke führend erscheine. Der Minister erkenne diese Genossenschaften an und wird dafür Sorge tragen, daß sie im Wege des Ministerrates unverzüglich mit Betriebskapital versehen werden. Er hält es für erwünscht, daß die sozialdemokratische Partei einen Vertreter in das Ministerium für Populärwirtschaft belege, der bei der Schaffung der Produktionsgenossenschaften im Rahmen der besprochenen Grundprinzipien über einen vollen Rechtskreis verfügen soll. Er wird mit allen Kräften dahin wirken, daß alle Mißstände, die ihm zur Kenntnis gelangten und die dazu angetan sind, den Frieden des Komitats Somogy und die Kontinuität der Produktion zu stören, ein Ende nehmen. Er wird diesbezüglich die entsprechenden Verfügungen treffen. Er wird dafür Sorge tragen, daß der Absender jener Zirkulardepeche, die eine Desavouierung der in der Eigenschaft als Bodenkommissäre entlassenen landwirtschaftlichen Beamten bedeutet, im Ackerbauministerium zur Verantwortung gezogen werde.

Die sozialdemokratische Partei in Kaposvár verpflichtet sich, die Organisations- und Versammlungsfreiheit der Kleinwirtpartei zu respektieren, sie bietet die Gewähr dafür, daß bei der Bildung der Produktionsgenossenschaften die anspruchsberechtigten Kleinwirte in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden, weiterhin, daß die Produktionsgenossenschaften in Zukunft nicht sozialdemokratische Genossenschaften, sondern Landwirte-Produktionsgenossenschaften genannt werden, da sie nicht den Interessen einer Partei, sondern denen des Landes dienen sollen. Minister Szabó wird die Kleinwirte und ihre Parteigänger auffordern, ihre überflüssigen Vorräte zwecks Verpflegung der Städte unverzüglich abzuliefern, da durch die Ausschungerung der Städte die Errungenschaften der Revolution gefährdet werden.

Des weiteren wird dem Pol. Hivadó gemeldet: Die Partei der Kleinwirte hielt heute in Kaposvár eine imposante Versammlung ab. Ungefähr 26.000 bis 27.000 Kleinwirte kamen aus verschiedenen Gemeinden des Komitats Somogy in die Stadt, so daß die